

# Arbeitsgemeinschaft historischer Städte

Im Jahre 1973 schlossen sich die Städte Bamberg, Lübeck und Regensburg zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, mit dem Ziel, gemeinsam Initiativen und Lösungen zur Er-

neuerung ihrer historischen Altstädte zu entwickeln und gleichzeitig der Öffentlichkeit den Stellenwert der Aufgaben einer erhaltenden Stadterneuerung bewußt zu machen.



Regensburg

Luftbild-Freigabe Nr. P 2511/2862 Luftamt Nordbayern

## Motive zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft

Die Zusammenarbeit der drei Städte ergab sich aus ihrer vergleichbaren städtebaulichen Situation und dem gemeinsamen Problem der Erhaltung und Erneuerung historischer Bausubstanz. Das Städtebauförderungsgesetz von 1971 kannte nur die bis dahin geübte Sanierungspraxis des Abbruchs und des Neubaus. In Bamberg, Lübeck und Regensburg war man sich einig, daß die Sanierung der historischen Altstadtkerne nur durch erhaltende Erneuerung erfolgen kann. Sie erkannten auch, daß ein ständiger Erfahrungsaustausch, sowohl im Umgang mit historischer Bausubstanz wie auch bei der technisch-finanziellen und administrativen Umsetzung der Sanierungsziele sowie der Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes ihnen sehr von Nutzen sein würde. Außerdem verschaffte ihnen das Zusammengehen zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ auch ein stärkeres politisches Gewicht zur Durchsetzung des gemeinsamen Zieles der Erneuerung und Erhaltung alter, historisch wertvoller Bausubstanz. Zugleich versprach man sich auch eine Festigung des Bewußtseins in der Öffentlichkeit, daß die historischen Altstadtkerne einen besonderen Wert besitzen, den es als ein kulturelles Erbe zu pflegen und zu erhalten gilt.

## Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaft

Die Ziele der Arbeitsgemeinschaft sind vielfältiger Art. Zwei Schwerpunkte ragen dabei heraus. Zum einen versucht die Arbeitsgemeinschaft das Bewußtsein der Bürger für die kulturhistorischen Werte der Stadt zu sensibilisieren, denn nur aus dem Verständnis für diese Werte heraus wird das Anliegen, die alten Städte zu erhalten, die notwendige öf-

fentliche Unterstützung erfahren. Modernes Leben in alten städtebaulichen Strukturen ist mehr als nur ein Schlagwort. Der hohe Wohnwert, das Angebot von Gütern und Dienstleistungen in den Stadtkernen und die qualitätsvolle Architektur der sanierten Quartiere sind wesentlicher Teil einer Stadtkultur und einer humanen Umwelt. Das bedeutet, daß Altstadtsanierung nicht Selbstzweck ist, sondern eine Form individueller und gesellschaftlicher Gestaltung des Lebensraums.

Zum anderen versucht die Arbeitsgemeinschaft am Beispiel eigener Erfahrungen, besonders bei der politischen Willensbildung auf die Erhaltung kulturhistorischer Werte einzuwirken.

## Bilanz einer 18jährigen Arbeit

Die Jahre von 1970 bis 1975 waren in den Städten der Arbeitsgemeinschaft Zeiten einer heftigen theoretischen Diskussion über das Vorgehen und die Methoden bei der Sanierung. Abbruch von Gebäuden oder erhaltende Sanierung, die Frage nach der Finanzierung einer gesamtstädtischen Sanierungspolitik, die Furcht vor weitgehender Vertreibung der angestammten Bevölkerung, die Kommunalisierung von Grund und Boden in den Sanierungsgebieten bei Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes, das Sanierungstempo und die Wirtschafts- und Verkehrspolitik, das alles waren Themen, die in der ersten Hälfte der 70er Jahre heiß umstritten waren. Damals schien es, als sei die Sanierung nicht zu bewältigen. Die Furcht vor der Zerstörung der Städte durch die Sanierung war weit verbreitet. Heute, nach 18 Jahren, bieten die Städte der Arbeitsgemeinschaft ein erfreuliches Bild. Die befürchteten Nachteile sind nicht Wirklichkeit geworden.





Lübeck

Die drei Städte der Arbeitsgemeinschaft begannen die konkrete Sanierung vor Ort in den Wohnbereichen der Altstädte. In der Regel wurde innerhalb der Untersuchungsgebiete, die das gesamte Altstadtensemble umfaßten, eine Reihe von Sanierungsgebieten festgelegt. In Regensburg greift das Untersuchungsgebiet von ca. 340 ha in Randbereichen noch über das Altstadtensemble hinaus. In diesen Sanierungsgebieten sind inzwischen deutliche Erfolge bei der Erneuerung von Wohnungen erzielt worden.

Die Sanierung der Wohnungen wurde unabhängig davon durch begleitende Ordnungsmaßnahmen im Umfeld ergänzt. Diese betrafen Einzelaussiedlungen von störenden Betrieben, der Bau von Einrichtungen des Gemeinbedarfs und zunehmende Vorhaben der Verkehrsberuhigung und des ruhenden Verkehrs.

Es ergaben sich auch neue Probleme, insbesondere unter dem Blickwinkel der gesamtstädtischen Entwicklung. Die Altstädte erfüllen nicht nur die Wohnfunktion, sondern auch eine Reihe weiterer grundlegender Aufgaben. Wo sich diese Aufgaben verändert oder verlagert haben, weil zu spät oder falsch saniert wurde, ergaben sich Auswirkungen auf die Struktur der Gesamtstadt und deren Außenbezirke. Neue Funktionszentren entstanden in den Außenbereichen, z. T. auch unabhängig zu den Entwicklungen in den Innenstädten. Das bedeutete nicht nur Entlastung, sondern gleichzeitig auch Konkurrenz für die Altstädte. Ursache dafür ist vorrangig der ungebrochene Strukturwandel des Einzelhandels mit der Errichtung von Einkaufszentren, Verbraucher- und Fachmärkten, aber auch von Einrichtungen des Dienstleistungsgewerbes (z. B. Büro- und Ärzthäuser) am Stadtrand.

Die Arbeitsgemeinschaft ist der Meinung, daß eine ausschließliche Förderung des Wohnens stadtpolitisch ein falscher Weg wäre, da er der traditionellen Rolle der Altstädte und ihrer tatsächlichen Lage im Stadtgefüge widerspricht. Er wäre außerdem städtebaulich und denkmalpflegerisch nur beschränkt möglich.

Die Wohnungserneuerung wird nach wie vor ein Schwerpunkt sein, jedoch nicht mehr wie in der Vergangenheit fast der alleinige. In den 60er und zu Beginn der 70er Jahre wurden die Einwohner in historischen Altstädten von sonstigen Nutzungen in bestimmten zentralen Geschäftslagen z. T. verdrängt. Auch der Anspruch nach größeren Wohnflächen bei sinkenden Haushaltsgrößen veränderte die Struktur der Wohnungen und Einwohner. Dies wird künftig nicht nur ein Quantitäts- sondern auch ein Qualitätsproblem werden, da Anforderungen sowohl an Grundrisse, Wohnungsgrößen, Belichtung und Besonnung der Wohnungen wie auch an ein qualifiziertes Wohnumfeld ständig steigen. Diese erhöhten Ansprüche führen mit berechtigten denkmalpflegerischen Vorgaben zu mehr Konflikten, nicht nur auf den Wohnungsgrundstücken selbst, sondern auch auf den öffentlichen Straßen und Plätzen und mit anderen Nutzungen. Die Forderungen nach Verkehrsberuhigung bei optimaler Erreichbarkeit, nach anspruchsvoller Gestaltung der öffentlichen Räume und Plätze sowie nach Bereitstellung von mehr Stellplätzen für mehr Fahrzeuge widersprechen sich.

Gestiegenes Umweltbewußtsein und die Entwicklung von der traditionellen Quartierwirtschaft zur gehobenen Gaststätte mit ständig größer werdendem Einzugsbereich hat in den letzten Jahren z. B. immer mehr zu Konflikten der Ein-



Stralsund



Bamberg

richtungen der Gastronomie und der benachbarten Wohnungen geführt. Während man früher Gaststätten als für die Altstadt typische und geradezu urbane Einrichtungen wählte, sie entsprechend förderte und in ihnen ein Mittel gegen die vielbeklagte Verödung der Innenstädte am Abend sah, werden sie heute wegen der zusätzlichen Verkehrsbelastung und der Parkraumprobleme eher als störend empfunden. Der noch immer anhaltende Trend zu Spielhallen verschärft die Konflikte.

Bei den Diskussionen über die Rolle des Verkehrs hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß weder eine autogerechte noch eine autolose Stadt existieren kann. Es wird weiterhin die Aufgabe der Planung sein, das Abwägen der ausreichenden Erschließung und der guten Erreichbarkeit der Kernstädte durch den Individualverkehr bei gleichzeitiger Schaffung entsprechender Parkierungsmöglichkeiten einerseits und einer weitgehenden Verkehrsberuhigung und zusätzlichen Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs andererseits mit Behutsamkeit zu betreiben.

Die Nutzung und Neugestaltung der öffentlichen Straßen und Plätze in historischen Altstädten ist den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft ein wichtiges Anliegen. Neben der Steigerung der Attraktivität der Altstädte als Wohn- und Geschäftsbereich kann sie die Maßnahmen der Verkehrsplanung unterstützen, zur Verdeutlichung des Stadtgrundrisses und Homogenisierung der Struktur von Gebäuden und Stadträumen beitragen und damit die neue Identität der historischen Stadt in unserer Zeit wesentlich mitbestimmen.

Das Grün ist unter städtebaulichen Gesichtspunkten vor allem Element der Gestaltung und sollte als solches sowohl behutsam in das Konzept der einzelnen Straßen und Plätze eingepaßt werden als auch zur spannungsreichen Differenzierung der Zusammenhänge und der Abfolgen öffentlicher Räume herangezogen werden.

In diesem Sinne will die Arbeitsgemeinschaft auch Einfluß nehmen auf die politische Willensbildung. Sie will Anwalt sein für die Erhaltung der historischen Städte und damit Wegbereiter für eine lebenswerte Umwelt.

## Vergrößerung der Arbeitsgemeinschaft

Mit einem Festakt im Reichssaal der Stadt Regensburg am 19. April 1991 wurde die Arbeitsgemeinschaft Bamberg-Lübeck-Regensburg um die Städte Görlitz, Meißen und Stralsund erweitert.

Die neu hinzugekommenen Städte sind hochrangige Stadt- denkmäler und Zeugen deutscher und europäischer Geschichte und Kultur. Ihre Erhaltung und Erneuerung erfordern genauso viele individuelle Lösungen wie sie für die bisherigen Städte gefunden werden mußten.

Mit diesem Beitritt soll eine breitere Basis für die wichtigsten Aufgaben der Stadterneuerung und des Stadumbaus in historischen Städten Deutschlands geschaffen werden. Dies erscheint auch deshalb erforderlich, da aktuelle ökonomische Fragen in den neuen Bundesländern die wichtigen Anliegen zum Denkmalschutz und behutsamer Stadterneuerung in den Hintergrund zu drängen drohen. Die städtebauliche Erneuerung in den neuen Ländern muß eine hohe Priorität in einer Politik haben, die die Deutsche Einheit auch im Inneren verwirklichen will. Ein Anfang ist bereits gemacht.



Görlitz

# Adreßbuch

der Stadt

# Regensburg

# 1991/92

Behörden, Vereine und Verbände, alphabetischer Firmenteil,  
Branchenteil mit Gesundheitswesen, Straßenteil, Wohnerteil

61. Ausgabe

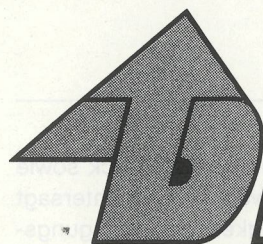
Gemäß Vertrag mit der Stadt Regensburg und auf Grund amtlicher Unterlagen  
und eigener Ermittlungen  
bearbeitet und herausgegeben von der



*Adreßbuchverlagsgesellschaft Ruf*



München, Haydnstraße 1 (beim Goetheplatz)  
Postanschrift: Postfach 15 01 03, 8000 München 15  
Telefon (0 89) 53 04 61, Telefax (0 89) 53 35 56



EDV-Schulungszentren · DSV-Sekretärinnen-Studios

INSTITUT FÜR  
BERUFSBILDUNG **Drexler**

Landshuter Straße 19 · 8400 Regensburg · Tel. 09 41/ 79 44 22/ 24